



Habeck und Lindner: Briefwechsel unter Koalitionspartnern bedeuten Zoff

von Dr. Hugo Müller-Vogg

Robert Habeck und Christian Lindner kennen sich recht gut, sie duzen sich sogar in Talkshows und kennen die Handy-Nummer des anderen. In der Fastnachtswoche hat der grüne Wirtschaftsminister dem Finanzminister von den Freien Demokraten jedoch einen Brief geschrieben, und Letzterer hat prompt geantwortet. Beides wurde natürlich öffentlich bekannt, was auch der Zweck der Übung war. Es geht zwischen den Ampel-Partnern mal wieder ums Geld, vor allem um die Schuldenbremse und höhere Steuern. Der Ton ist nicht rau, sondern süffisant, was im Grund viel schlimmer ist.

Der CDU-Abgeordnete Andreas Mattfeldt wundert sich: „So etwas habe ich in meinen 14 Jahren als Haushälter im Deutschen Bundestag noch nicht erlebt“, kommentierte er den Briefwech-

sel. „Noch nie haben sich Bundesminister bereits im Vorfeld von Haushaltsverhandlungen derart gezoff.“ SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert ist ebenfalls verwundert: Das öffentliche Austauschen von Briefen sei ein Ritual, „bei dem alle Beteiligten verlieren“, monierte er. „Es schwächt das Ansehen der Absender, es nervt die Bürger und es löst keine Probleme.“

Indiz, dass es in der Koalition knirscht

Mag sein, dass sich Probleme brieflich eher schwieriger lösen lassen als beim Gespräch von Mann zu Mann. Jedenfalls sind solche Briefe immer ein Indiz dafür, dass es in einer Koalition knirscht. Das war schon so, als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach dem bei ihm typischen wochenlangen Zögern die Kontroverse zwischen FDP und Grünen über die Laufzeit der letzten drei Kernkraftwerke per Machtwort entschied – mit einem Brief.

Solche Briefe, die im Grund nichts anderes sind als auf amtlichem Briefbogen verschickte Presseerklärungen, können sehr wohl der Anfang vom Ende sein. Vor mehr als 40 Jahren, am 9. September 1982, schrieb der damalige Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) einen Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD). Dem fügte er das schnell berühmt gewordene Lambsdorff-Papier bei. Dieses „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ war im Grund ein Scheidungsbrief. Kurz darauf brach die seit 1969 regierende sozial-liberale Koalition auseinander.

Die Grünen würden nichts lieber tun, als Steuern erhöhen und die Kreditaufnahme ausweiten. Soweit ist es freilich noch lange nicht. SPD, Grüne und FDP sind angesichts der Mehrheitsverhältnisse zum Weiterregieren verdammt,